

## FDJ terrorisiert die Universitäten

An den Hochschulen ist der politische Kampf entbrannt

Seit acht Tagen wird an den Hochschulen und Universitäten der Sowjetzone ein erbitterter Kampf um die ganz Deutschland zur Zeit bewegendsten politischen Tagesfragen geführt. Auf im Rahmen der FDJ-Verbandswahlen angeordneten Delegiertenkonferenzen werden die letzten, offen gegen die SED auftretenden Studenten relegiert. Eine neue Verhaftungswelle droht die Studentenschaft herauszufordern. Im gleichen Augenblick, in dem die Regierung einen neuen „Plan zur Förderung der Jugend“ verkündet, gibt die seit langem die Universitäten terrorisierende FDJ unmißverständlich bekannt, daß künftig nur noch derjenige in der Sowjetzone studieren kann, der sich bedingungslos zu den Thesen und Maßnahmen von Partei und Regierung bekennt.

Bereits Ende Dezember ordnete die FDJ vereinzelt Unterschriftensammlungen und Abstimmungen gegen die Pariser Verträge durch die FDJ-Hochschulgruppen an. Das Ergebnis waren hartnäckige Auseinandersetzungen zwischen den Funktionären und zahlreichen Vertretern der Studentenschaft. Im FDJ-Zentralrat befürchtete man, daß es zu offenen Unruhen an den Universitäten käme und beschloß die Durchführung von Delegiertenkonferenzen im Januar und Februar, auf denen alle gegen die offizielle Linie opponierenden FDJler gemäßregelt und von den Hochschulen verwiesen werden sollten.

### Wissen gegen Phrasen

In den letzten Januartagen wurde an der Martin-Luther-Universität in Halle eine „Musterkonferenz“ gestartet. SED-Professoren, Beobachter der Partei, FDJ-Zentralratsfunktionäre und die Vertreter der FDJ-Presse, die man geladen hatte, mögen hier vielleicht ihren ersten greifbaren Eindruck vom Widerstand der Studentenschaft erhalten haben.

Die SED weiß, warum es so gefährlich ist, dem Regime nicht voll ergebene junge Menschen auf die Universitäten zu lassen. Wo die Waffe geistigen Wissens

dem einen die Augen zu öffnen vermag, gibt sie dem anderen scharfe Argumente gegen verdummende Phrasen in die Hand. In Halle ging es um die Pariser Verträge, den Karlsruher Prozeß gegen die KPD und nicht zuletzt um die Bereitschaft der Studenten zum Eintritt in die „Kasernierte Volkspolizei“. Die Studentin Wenzel wandte sich scharf gegen entstellende Verallgemeinerungen und berichtigte unter dem Pfeifkonzert der SED-Anhänger die von den Zentralratsrednern entstellte Bundeskanzlerrede zur Frage der Wiedervereinigung.

Die Studentin Goldfriedrich, die dafür sofort aus dem Tagungsraum verwiesen wurde, bewies das juristisch gerechtfertigte Vorgehen der Bundesregierung gegen die verfassungsfeindliche KPD. Der Student Hohensee schlug die Redner mit streng wissenschaftlicher Beweisführung, in der er ihnen die Unsinnigkeit kommunistischer Thesen von den Aggressionsabsichten der westlichen Welt gegen die Sowjetunion widerlegte.

Das Motto der Veranstalter war: Wer an ostzonalen Hochschulen studieren will, muß die Gewähr dafür bieten, daß er das hier Gelernte ausschließlich

zum Nutzen und im Sinne der SED auswerten wird. Ein Zentralratssekretär sagte ganz offen: „Wissen ist eine Waffe, die wir freiwillig niemals unseren Feinden in die Hände geben werden!“ Alle betonten, daß diese Auseinandersetzung an der Universität Halle der Auftakt zu einer umfassenden Säuberung an den sowjetzonalen Hochschulen sei.

Interessante Höhepunkte gab die Auseinandersetzung mit „Spielarten des Pazifismus“, die inzwischen bereits an den übrigen Universitäten begonnen hat. „Feindliche Auffassungen im Lehrkörper“ wurden genannt, ferner Beispiele, wie Dozenten ihre Hörer vor dem Eintritt in die KVP bewahren wollten. Die Schilderung solcher „pazifistischen Diskussionen“ ergab, daß gerade die Studenten imstande sind, die kommunistischen Parolen von der „Notwendigkeit zur patriotischen Verteidigung der Heimat“ schlagend zu widerlegen.

### Sie werden nicht dümmen

Der Kampf an den Universitäten ist, daran kann kein Zweifel sein, in vollem Umfang entbrannt. Die FDJ wird mit dem Mittel der „Delegiertenkonferenzen“ die am meisten hervorgetretenen Sprecher der Studenten mundtot machen und relegieren. Ob sie die auf den Universitäten verbleibenden Kommilitonen damit dümmen und für die SED-Thesen williger machen kann, muß bezweifelt werden. Im Westen aber wird man aufmerksam verzeichnen müssen, daß das freie Denken an den sowjetzonalen Hochschulen auch von dem herrschenden Regime nicht ausgemerzt werden kann.

## Gewogen — zu schwer befunden

WG. Das Kabinett Mendès-France, das von der französischen Nationalversammlung gestürzt wurde, wird nicht das letzte dieses Namens sein. Die parlamentarischen Routiniers, die sich durch ein neues Tempo im gemächlichen Trott ihrer Politik gestört fühlten, haben den Regierungschef gewogen — und zu schwer befunden.

### Liquidator und Reformator

Als Mendès-France — seit geraumer Zeit der „kommende Mann“ genannt — am 18. Juni vorigen Jahres zum erstenmal die Führung der Regierung übernahm, kam er als Liquidator einer Politik, die Frankreich innen- und außenpolitisch in eine unhaltbare Lage gebracht hatte. Es gab damals den bereits verlorenen Krieg in Indochina, den „schmutzigen Krieg“, aus dem das Land heraus wollte. Es gab den wachsenden Aufruhr in Nordafrika, der in später Stunde Frankreich immer dringender vor die Wahl kluger Verständigung oder gewaltsamer Unterdrückung stellte. Es gab ferner den erbitterten Streit um die EVG, der das Land lähmte und handlungsunfähig machte. Die politische und wirtschaftliche Situation im ganzen war schließlich so, daß Paul Reynaud das bittere Wort sprach, der „kranke Mann“ in Europa heiße heute Frankreich. Die Krankheit konnte nur durch kühne Reformen überwunden werden, zu denen Mendès-France entschlossen war.

Zunächst aber mußte er, um für diese Reformen freie Bahn zu gewinnen, die außenpolitische Krise Frankreichs bereinigen. Er beendete den Krieg in Indochina, machte sich an die schwere Aufgabe der Befriedung Nordafrikas und führte endlich die Entscheidung über die EVG herbei. Er war in diesen teils gefährlich schwelenden, teils unerträglich schwebenden Situationen der Vollstrecker nationaler Notwendigkeiten, zu deren Erfüllung seine Vorgänger nicht den Mut gefunden hatten. Mendès-France konnte seinen Weg nicht bis zum guten Ende

gehen: in Nordafrika brennt es weiter (und nun nach seinem Sturz wahrscheinlich erst recht), das Schicksal der Pariser Verträge ist noch offen, und das Werk der wirtschaftlichen Reformen hat kaum begonnen.

Er hat aber Frankreich, das damals müde, gelähmte und zu klaren Entscheidungen unfähige Land, das seine internationale Position zu verlieren begann, wieder zur Geltung gebracht. Er verbreitete neues Vertrauen um die französische Politik. Das trat besonders bei seinem Besuch in den USA in Erscheinung, wo er durch den Eindruck seiner Persönlichkeit manche bereits verlorenen Sympathien für Frankreich zurückgewann. Er war der einzige einer ganzen Reihe von Ministerpräsidenten, der den Mut aufbrachte, das Parlament vor die längst fällige Entscheidung über die EVG zu stellen. Nach dem unvermeidlichen Nein war er wahrscheinlich auch der einzige, der dem Parlament in einem dramatischen Ringen das Ja zu den Pariser Verträgen abzingeln konnte.

### Eine sehr bunte Opposition

Die oppositionellen Parteien, die Mendès-France stürzten, haben eine sehr ernste Krise ausgelöst. Ihre Verantwortung wiegt um so schwerer, als diese Mehrheit mit ihrem großen Anteil kommunistischer Stimmen zwar im Kampf gegen den Regierungschef einig war, aber sonst kaum durch gemeinsame Ziele verbunden ist. Sie ist ein bunt zusammengewürfeltes Haufen: Kommunisten, verärgerte Anhänger der EVG, die zugleich Gegner der Pariser Verträge sind, dann die Gegner einer deutschen Wiederbewaffnung überhaupt, und schließlich die nie fehlenden wirtschaftlichen Interessenten, die sich von den notwendigen Reformen betroffen fühlen.

Hinzu kommen noch diejenigen, die es nicht vergessen können, daß Mendès-France die früheren Regierungen mit seinen ersten Erfolgen überspielte. Schließlich fehlten auch jene nicht, die es nicht gern sehen, wenn ein französischer Ministerpräsident die ausgefahrenen Wege der Routine verläßt, indem er Kraft, Mut, Initiative und neue Ideen entwickelt. Die

französischen Parlamentarier lieben es nicht, von einem Ministerpräsidenten gezwungen und bezwungen und mit der moralischen Peitsche zu fälligen Entscheidungen angetrieben zu werden. Sie lieben nicht eine Regierung, die, wie ein Pariser Blatt gestern sagte, das Verdienst hat, „nicht wie die anderen zu sein“.

### Und die Verträge?

Über den Pariser Verträgen, die Mendès-France noch unerledigt zurückläßt, erhebt sich nun wahrscheinlich wieder das große Fragezeichen, das wir aus den Zeiten des EVG-Streites kennen. Das heißt: Für den Westen eröffnen sich neue Schwierigkeiten — für Moskau neue Chancen. Neue Verzögerungen jedenfalls sind unvermeidlich. Sie resultieren bereits aus der Absicht des Rates der Republik, des französischen Oberhauses, die Verträge mit Zusatzanträgen zu versehen. Das würde ihre Zurückverweisung an die Nationalversammlung notwendig machen. Von dem Druck eines um die Verträge bis zum äußersten kämpfenden Ministerpräsidenten befreit und zugleich dem verstärkten Spiel der Moskauer Drohungen und Lockungen ausgesetzt: wird das französische Parlament dann die frühere Entscheidung bestätigen? Das bleibt sehr ungewiß.

Die sowjetische Regierung wird jedenfalls unter den vier Mächten die einzige sein, die von der französischen Krise begeistert und im übrigen entschlossen ist, aus ihr mit allen Mitteln weiteren Nutzen zu ziehen. Moskau wird den Preis wieder senken, der für die Verständigung in der Deutschlandfrage auch von den Sowjets einmal gezahlt werden muß. Hier liegt die vielleicht schwerste Verantwortung der neuen französischen Regierung. Sie befürht das Schicksal des eigenen Landes, die Zukunft Europas und die Sicherung einer Verständigung mit Moskau auf der Grundlage entschiedener Selbstbehauptung. Wir wollen der Pariser Krise noch nicht eine negative Prognose geben, aber wir meinen, daß mit dem Sturz Mendès-Frances eine Situation entstanden ist, die zu Rückschlägen führen kann.

## Größte Überraschung über Malenkows Sturz

Chruschtschow, der neue Stalin? — Das Ende des Triumvirats

London (AP/DPA). Die Nachricht von dem Sturz des bisherigen sowjetischen Ministerpräsidenten Malenkow und seine Ablösung durch den bisherigen Verteidigungsminister Bulganin hat überall in der Welt größte Überraschung ausgeißt. In den Hauptstädten der westlichen Welt ist man fieberhaft bemüht, die Hintergründe der dramatischen Entwicklung im Kreml aufzuklären.

Führende Politiker des Westens haben bisher folgende Bilanz gezogen: 1. Der Rücktritt Malenkows bedeutet eine Rückkehr zu der politischen Linie Stalins. 2. Eine Verhärtung der Fronten zwischen West und Ost ist zu erwarten. 3. Eine Änderung im gesamten Führungssystem der Sowjetunion ist möglich. 4. Die Verantwortung für die Politik, die nach dem Tode Stalins einem „Kabinett“ übertragen wurde, dürfte sich wieder auf einen starken Mann verlagern: Chruschtschow. Londoner Abendzeitungen taufen ihn den „neuen Stalin“.

Diplomatische Kreise in London weisen darauf hin, daß die Ereignisse im Kreml ein schwerer Schlag für die britischen Gegner einer Wiederbewaffnung Deutschlands seien. Die für eine Viererkonferenz eintretenden westlichen Politiker hätten vermutlich einen Rückschlag erlitten.

Mehrere Diplomaten in Washington hielten es für möglich, daß der Regierungswechsel die Aussichten für die Ratifizierung der Pariser Verträge verbessern wird.

\*

DT. Von dem Triumvirat Malenkow, Chruschtschow, Beria, das zunächst die Nachfolge Stalins übernahm, ist also heute nur noch Chruschtschow an der Macht. Aus der kollektiven Führung hat sich — bis auf weiteres — Chruschtschow als mächtiger Alleinherrscher herausgelöst. Die Gegensätze, die zwischen ihm und Malenkow bestanden, sind in letzter Zeit deutlicher sichtbar geworden. Wir kennen nicht ihre ganze Breite und Tiefe. Aber sicher spielten die wirtschaftspolitischen Meinungsverschiedenheiten eine Rolle, in denen es um den Vorrang zwischen der Schwerindustrie und der Leichtindustrie, d. h. zwischen Rüstung und Gütern des Massenbedarfs ging. Aber das erschöpft wohl kaum den Streit,

der sehr viel tiefer reichen dürfte und wahrscheinlich die Frage nach der prinzipiellen Grundhaltung der sowjetischen Politik überhaupt berührte.

Viel wichtiger ist die Frage, wie sich der Westen gegenüber einer veränderten sowjetischen Politik künftig zu verhalten hat. Er wird die weitere Entwicklung abwarten müssen, zu beidem entschlossen und bereit: zu jeder tragbaren Verständigung und — ohne jede Verzögerung zur weiteren Stärkung der gemeinsamen Sicherheit.

## Einmütig hinter Konrad Adenauer

„Pariser Verträge — einziger Weg zur Wiedervereinigung“

Bonn (AP/DPA). Der Bundesvorstand der CDU hat in Bonn auf einer außerordentlichen Sitzung Bundeskanzler Adenauer einmütig sein Vertrauen ausgesprochen und die Ratifizierung der Pariser Verträge als „den einzigen Weg“ zur Befriedung der Welt und zu einer Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit bezeichnet. In einem veröffentlichten Kommuniqué wurde erklärt, es habe sich völlige Übereinstimmung darüber ergeben, daß die bisherige Politik der Bundesregierung unbeirrt fortgesetzt werden müsse.

Zu Beginn der Sitzung hatte Adenauer in einem fast zweistündigen Referat einen Überblick über die innen- und außenpolitische Lage der Bundesrepublik gegeben. Zur französischen Regierungskrise sagte er, daß die Ratifizierung der Pariser Verträge nicht gefährdet sei.

Es lägen bisher keinerlei Anzeichen dafür vor, daß durch die Krise Schwierigkeiten entstanden seien. Der Bundeskanzler fuhr fort: „Die Lage unseres Volkes inmitten Europas, besonders die weltpolitische Situation, ist ernst.“ Der Kommunismus entwickle nach wie vor einen aggressiven Machtwillen allerersten Ranges. Er habe sein Ziel der Welteroberung noch nicht aufgegeben. Es komme daher alles darauf an, daß der Westen „nicht weich“ wird. Die Notwendigkeit des Zusammenschlusses des freien Westens sei

## Hauptstadt und Kulturzentrum

Berlin (Eigenbericht). Vor dem Abgeordnetenhaus hat Berlins Regierender Bürgermeister Suhr die Regierungserklärung abgegeben. Sie giftelt in einem Appell an die Welt, den „Bann“ von Berlin zu nehmen, mit dem die Stadt durch ihre Spaltung und ihre Trennung vom Westen belegt sei.

Im Namen des Senats versprach Suhr, alles für die Wiederherstellung der Einheit zu tun sowie sich bei allen Handlungen vom Gesetz der sozialen Gerechtigkeit leiten zu lassen. Um die Stellung Berlins als „kulturelles Zentrum Deutschlands“ zu beweisen, sollte die Charlottenburger Oper als ein deutsches Nationaltheater wieder errichtet werden.

nach wie vor gegeben und müsse konstant verwirklicht werden. Er sei auch der einzige Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit.

Ein Sprecher der Bundesregierung hatte bereits einige Tage vorher nach einer Kabinettsitzung offiziell bestätigt, daß die Ansicht besteht, nach Annahme der Pariser Verträge in Verhandlungen die sowjetischen Absichten in bezug auf Deutschland zu erkunden. Er betonte jedoch, daß dies erst geschehen solle, wenn nicht nur Bundestag und Bundesrat zugestimmt haben, sondern auch Bundespräsident Heuss seine Unterschrift gegeben und die Bundesregierung die Ratifikationsurkunden in Paris hinterlegt hat, so daß die Bundesrepublik völkerrechtlich an die Verträge gebunden ist.

## US-Flottenaufmarsch vor Formosa

100 Kriegsschiffe und 400 Flugzeuge — Rote Seestreitkräfte sind bedeutungslos

New York (Sonderbericht). 100 Kriegsschiffe aller Klassen, außer Schlachtschiffen bilden die imposante Seestreitmacht, die die Vereinigten Staaten bei Formosa zusammengezogen haben. Sie führt als Einheit den Namen „VII. Flotte“. Jedes dieser Schiffe oder eines ihrer über 400 Flugzeuge kann fähig in einen Zwischenfall verwickelt werden.

Die Schlagkraft dieser Flotte konzentriert sich hauptsächlich auf die fünf Flugzeugträger „Essex“, „Yorktown“, „Kearsage“, „Wasp“ und „Princeton“. Jeder dieser 35 000 bis 40 000 Tonnen großen Flugzeugträger hat etwa 75 Flugzeuge verschiedener Typen, darunter Düsenflugzeuge, an Bord.

Das Flottenflaggschiff „Helena“ (17 000 t), einer der modernsten Kreuzer der US-Marine, und zwei weitere Kreuzer bilden das Rückgrat der gegen feindliche Überwasser-Seestreitkräfte einzusetzenden Einheiten, zusammen mit der „Task Force 70.6“, einer Zerstörer-Flottille von 36 Zerstörern.

Eine weitere Einheit der VII. Flotte ist die „Task Force 70.4“ unter Konteradmiral Rodde, bestehend aus einem Flugzeugträger, der besonders zur U-Boot-Bekämpfung geeignet ist, und 2 bis 4 Zerstörern. Eine Fern-Aufklärungsgruppe umfaßt ein Flugboot-Mutterschiff mit zwei Geschwadern Flugbooten und mehreren Zerstörern. Vervollständigt wird die Flotte durch eine Unterseeboot-Flottille, eine Minenleg- und Minensuch-Flottille und eine starke Einheit von dem Nachschub dienenden Schiffen, wie Tanker, Werkzeug- und Munitionsschiffen.

Zu der amerikanischen VII.

Flotte ist noch die Marine Tschiangkaischeks zu rechnen, die aus 7 Zerstörern, 16 Minensuchbooten und einer Anzahl Landungsbooten besteht, wozu noch eine Anzahl kleinerer Schiffe kommt.

Gegenüber dieser gewaltigen Seemacht können die Seestreitkräfte der chinesischen Kommunisten praktisch als nichtexistent betrachtet werden.

### Hitlers Neffe in Sibirien

Wien (AP). Hitlers Neffe Leo Raubal verbringt nach einer Meldung der „Salzburger Nachrichten“ gegenwärtig eine 25jährige Strafe in einem sibirischen Zwangsarbeitslager wegen „verbrecherischer Verwandtschaft“. Leo Raubal ist der Sohn von Hitlers Halbschwester Paula und dem Bahnbeamten Raubal.

## Schwerer Luftkampf bei Korea

Tokio (AP/DPA). Über internationalen Gewässern westlich von Korea ist es nach Mitteilung des Fernostkommandos der US-Luftwaffe zu dem bisher größten Luftkampf zwischen amerikanischen und kommunistischen Düsenjägern seit Beendigung des Korea-Krieges gekommen. Zwei kommunistische Jäger wurden abgeschossen.

Nach der amerikanischen Darstellung haben vier kommunistische Jäger plötzlich einen

## Giftgasnote zurückgewiesen

London (AP). Sechs Mitgliedsstaaten der Westeuropäischen Union — Großbritannien, Frankreich, die Niederlande, Belgien, Italien und Luxemburg — haben in gleichlautenden Noten die sowjetischen Beschuldigungen zurückgewiesen, daß die Pariser Verträge gegen das allgemeine Verbot der Anwendung von chemischen Kampfstoffen im Krieg verstoßen.

Mit den Noten beantworteten die Unionsländer die sowjetische Note vom 13. Januar, in der die Sowjetunion behauptet hatte, die Pariser Verträge widersprächen „dem Genfer Protokoll vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Anwendung von Erstickungs-, Gift- oder anderen ähnlichen Gasen“. In den Antwortnoten wird dazu erklärt, dieses Genfer Protokoll verbiete nur die Anwendung chemischer und bakteriologischer Waffen im Kriege, aber nicht die Lagerung solcher Waffen. Die Pariser Verträge bestimmten überdies eine wirkungsvolle Begrenzung und Überwachung bakteriologischer und chemischer Waffen.

auf einem Routineflug befindlichen US - Aufklärungsbomber angegriffen, während vier andere gleichzeitig die für den Bomber Geleitschutz fliegenden US-Düsenjäger unter Feuer nahmen. Die amerikanischen Jäger erwiderten das Feuer und schossen zwei Jäger ab.

### RIAS bleibt

Berlin (Eigenmeldung). US-Oberkommissar Conant hat Behauptungen, nach denen der RIAS seine Tätigkeit am 1. Juni 1955 einstellen werde, als völlig falsch zurückgewiesen.

Er sprach in einem Glückwunschschreiben zum neunjährigen Bestehen des Senders den amerikanischen und deutschen Mitarbeitern für ihren bisherigen Dienst an „der Sache der freien Menschheit und derer, die frei zu sein wünscht“, seinen Dank aus und erklärte, er blicke mit Zuversicht darauf, daß die Arbeit des RIAS bis zur Vollendung des Werkes fortgesetzt werde.

## Die Zeit der Entscheidung

Dibelius warnt erneut vor der Jugendweihe

Berlin (Eigenmeldung). Die Frage der Jugendweihe und Konfirmation hat Bischof Dibelius erneut in einer Predigt erläutert. Er betonte, daß Kinder, die zur Jugendweihe gehen, nicht konfirmiert werden könnten, da sich die Jugendweihe eindeutig auf die materialistische Weltanschauung gründe.

Die Kirche sei jedoch für die Propagierung der Jugendweihe in der Sowjetzone dankbar, da auf diese Weise der Akt der Konfirmation eine Entscheidung sei und für die 200 000 Familien im deutschen Osten ein Bekenntnis bedeute. Zeiten der Entscheidung, so betonte Dibelius, seien immer große Zeiten im Leben der Kirche gewesen.

Es geschah vor zehn Jahren:

## Die schlesische Katastrophe

Durchhalteparolen bis zuletzt — Bilanz: 2,1 Millionen Flüchtlingstote

Selbst als am 12. Januar 1945 der Sturm im Brückenkopf von Baranow losbrach, glaubten die Schlesier nicht, daß die russischen Panzer in ihre schöne Heimat einbrechen würden. Und noch als der Kanonendonner von der Front immer näher kam, vertrauten viele der großsprecherischen Parole des Gauleiters Hanke: „Über Schlesiens Grenzen kommen sie nicht.“

Die russischen Panzer standen bereits vierzehn Tage nach Beginn der Großoffensive an der Oder, und die Truppen des Marschalls Konew hatten bei Brieg und Steinau die ersten Brückenköpfe am westlichen Ufer gebildet. Vor den sowjetischen Armeen trieben Scharen von Flüchtlingen wie Treibholz in einer alles hinwegschwemmenden Flut.

### Das Unglaubliche

Die ersten Trecks aus dem Warthegau rollten durch die schlesischen Dörfer, die ersten Schreckensnachrichten von den unmenschlichen Greueln verbreiteten sich. Doch die schlesischen Bauern, die Menschen in den kleinen Städten, vermochten auch jetzt noch nicht zu glauben, daß ihnen in wenigen Tagen oder Wochen das gleiche Schicksal beschieden sein würde. Die Durchhalteparolen der Partei operierten mit geschichtlichen Parallelen zum Jahre 1813 und zur friderizianischen Zeit. Selbst die Schlacht von Liegnitz im Jahre 1241, die das Abendland vor dem Mongolensturm bewahrte, wurde zum Vergleich herangezogen.

Bereits Ende Januar hatten russische Truppen das Land östlich der Oder besetzt und waren in das oberschlesische Industriegebiet eingedrungen. In Oberschlesien herrschte Gauleiter Bracht, der gleich dem Fanatiker Hanke in letzter Stunde noch zum Widerstand aufrief. Nach den vernichtenden Luftangriffen auf das Ruhrgebiet war Oberschlesien das einzige noch intakte Industriegebiet, das der angeschlagenen Rüstungsindustrie zur Verfügung stand. Hart hinter der Front arbeiteten die Fabriken

Schlesien galt im Kriege als des Reiches sicherster Luftschutzkeller. Bis zu Beginn des Schicksalsjahres 1945 hatte es damit seine Richtigkeit. Zahlreiche Familien aus den bombengefährdeten Städten des Westens und aus Berlin hatten sich in die ruhigen Dörfer und Städte des schlesischen Landes geflüchtet.

bis zuletzt auf vollen Touren — für den Endsieg. Nur Frauen und Kindern war die Evakuierung erlaubt worden.

Wie verblendet man in jenen Tagen war, beweist der Bericht einer Lehrerin aus Beuthen, die die Stadt nicht verlassen durfte, da sie noch zu einer Luftschutzwache in der Schule eingeteilt war. Unter Tage förderten die Bergarbeiter noch Kohle, als auf den Halden bereits heftige Kämpfe entbrannt waren.

So kam es, daß rund 500 000 Deutsche beim Einmarsch der Roten Armee in Oberschlesien geblieben waren, viele in der Hoffnung, daß man mit Russen und Polen schon auskommen werde. Aber die folgende Verschleppung der arbeitsfähigen männlichen Bevölkerung hat gerade in Oberschlesien viele Lücken in die zurückgebliebenen Familien gerissen.

### Ordnung und Unordnung

In Schlesien erfolgte zwar die Evakuierung oft auch erst in letzter Stunde, jedoch gelang es hier einem großen Teil der Bevölkerung, dem Zugriff der sowjetischen Truppen zu entgehen. Den Bewohnern bot sich außerdem eine Chance, die der ostpreußischen Bevölkerung schon nach dreizehn Tagen nicht mehr gegeben war — der freie Abzug gen Westen. Auch die Organisation der amtlichen Stellen klappte noch halbwegs. Die Leitung der Trecks erfolgte nach bestimmten Richtlinien. Die Verpflegungsstellen kümmerten sich um die Ausgabe von Lebensmitteln an die Flüchtlinge, kurzum, man spürte noch eine gewisse Ordnung.

Die Szenen, die sich in der Januar-Kälte auf den Straßen und Bahnhöfen abspielten, zeigten trotzdem ein chaotisches Bild. Dichte Menschenmassen standen in schneidender Kälte stundenlang auf den Bahnsteigen und stürmten rücksichtslos die Züge. Bei 15 Grad Kälte hockten die Menschen auf den Dächern der Wagen, sie klammerten sich an die Trittbretter. Der Starke drängte den Schwächeren zur Seite. Die panische Angst vor dem Russen ließ die Menschen nur an ihr eigenes Schicksal denken.

### Von Panzern überrollt

Die Temperaturen hatten 20 Grad unter Null erreicht. Der Schnee lag stellenweise einen halben Meter hoch. Unter diesen Bedingungen traten Mütter mit Neugeborenen in den Kissen den Weg in die Ungewißheit an. Auf Rodelschlitzen und in Handkarren führten sie ihre Habe mit. Viele ließen bald die Reste ihres Besitzes liegen, da ihre Kräfte versagten. Die Kinder starben in den Armen der erschöpften Frauen. Man sah alte Leute ermattet an den Chausseebäumen sitzen und apathisch den Tod erwarten.

Insgesamt haben in diesen Schicksalsmonaten rund 3,2 Millionen Schlesier ihre Heimat verlassen. Ungefähr 1,5 Millionen erwarteten bangen Herzens die rote Flut in den Dörfern und Städten oder wurden auf der Flucht von den sowjetischen Panzerrudeln überholt.

Die Leiden der Bevölkerung aber waren auch mit dem Kriegsschluß noch nicht beendet. Sie fanden vielmehr mit der Austreibung der Schlesier aus ihrer Heimat eine furchtbare Fortsetzung.

Man schätzt die Zahl der ermordeten, erschlagenen, erfrorenen oder auf Schiffen untergegangenen Ostdeutschen auf rund 2,1 Millionen Menschen. Ungefähr acht Millionen Flüchtlinge trieben die sowjetischen Armeen vor sich her. Etwa vier Millionen Menschen erwarteten die Rote Armee in ihren Häusern oder wurden auf der Flucht von sowjetischen Panzern überrollt.

## Norilsk — die Stadt der Sträflinge

... und der „freien Sowjetbürger“ in Sibirien

Norilsk, ein neues Zentrum in der sowjetischen Arktis in Nordibirien, ist in den letzten Jahren so überraschend gewachsen, daß es heute den Umfang einer Großstadt besitzt und ein wichtiges Zentrum für den Kohlen-, Nickel-, Kupfer-, Kobalt- und Platin-Bergbau in den Gebieten und die Mündung des sich in das Nördliche Eismeer ergießenden Jenissej darstellt. Dieses Geheimnis der neuen Großstadt wurde jetzt anlässlich der Veröffentlichung der Wahlkreise für die Wahlen zum Obersten Sowjet der Russischen Sowjetrepublik (RSFSR) von der Moskauer Regierung gelüftet.

In dieser Regierungsverordnung taucht nämlich die Stadt Norilsk zum erstenmal als neuer Wahlkreis 158 auf, während der Ort bei den letzten Sowjetwahlen im Jahre 1951 noch in den dortigen Landbezirk eingeschlossen war. Da nun, wie man weiß, jeder Wahlkreis in der Sowjetunion durchschnittlich 150 000 Einwohner umfaßt, ist anzunehmen, daß die Bevölkerung von Norilsk bereits über der 100 000-Grenze liegt.

Vom Gebiet von Norilsk ist seit längerer Zeit durch Gefangenenerichte bekannt, daß es neben den weltberühmtesten gewordenen Magadan und Workuta das dritte Großzentrum sowjetischer Konzentrationslager bildet. Das begann mit der Deportation von 2500 Polen. Später kamen ukrainische Zwangsarbeiter, die zeitweise vierzig Prozent der Insassen der Lager von Norilsk ausmachten, ebenso wie deutsche Kriegsgefangene, Litauer, Georgier, Tschechen, Armenier, Krim-Tataren und Tausende von Russen dorthin.

Bei den Russen handelte es sich um verdächtig gewordene Professoren, Techniker und Offiziere, deportiert gemäß Artikel 58 des Sowjetstrafgesetzbuches wegen „gegenrevolutionärer Betätigung“. Es gibt in Norilsk sechs riesige Konzentrationslager mit je Zehntausenden von Insassen. Zwei Lager liefern die Arbeitskräfte für Kohlengruben, ein anderes für

ein Nickelbergwerk, und weitere Lager senden die Arbeitssklaven für die dort im Aufbau befindlichen neuen Fabriken.

Der überraschende Bevölkerungsanstieg in Norilsk rührt nun keineswegs von den KZ-Gefangenen selbst her, die natürlich kein Wahlrecht besitzen. Er findet seine Erklärung darin, daß Tausende von Ex-Sträflingen, die ihre Strafzeit von fünf bis zehn Jahren verbüßt hatten oder nach Stalins Tod amnestiert worden waren, dort als „freie Sowjetbürger“ ihren Wohnsitz nehmen mußten. Allein das ist der Grund für den plötzlichen Aufstieg Norilsk zur arktischen Großstadt.

## Bettwäsche ist mitzubringen

Berlin (Eigenmeldung). Die Ferienerholungsheime des FDGB in den Badeorten an der Ostseeküste müssen zu einem großen Teil renoviert werden. Die zunächst hierfür zur Verfügung gestellten Mittel wurden jetzt plötzlich gestrichen.

In der Anordnung heißt es, daß nur die äußere Fassade der Gebäude gut aussehen soll, während sämtliche Innenarbeiten einzustellen sind. Die Anschaffung neuer Bettwäsche ist auch untersagt, bei vorhandenen Mängeln sollen die Urlauber aufgefordert werden, ihre Bettwäsche selbst mitzubringen.

In den Ruhestand. Der französische Oberkommissar Botschafter François-Poncet hat auf seinem Sitz Schloß Ernich bei Remagen angekündigt, daß er im Februar die Bundesrepublik verlassen werde, um in den Ruhestand zu treten. Als möglicher Nachfolger auf den Botschafterposten wurde bisher am häufigsten Roland de Margerie genannt.

## Schattenarmee in Reserve

KVP als Kadertruppe fertiggestellt

Einer aktuellen Aufgabe hat sich das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen unterzogen. Wie bereits berichtet, hat es in einer Veröffentlichung über die Kasernierte Volkspolizei Struktur, Stärke und Bewaffnung dieser Schattenarmee mit großer Präzision beleuchtet.

Das Heer besteht danach aus den Armeekorps Nord (Pasewalk) und Süd (Halle) sowie aus der Mechanisierten Division Potsdam. Jedes Armeekorps verfügt über zwei motorisierte Schützen- und eine Mechanisierte Division. Die Division Potsdam wird bereits auf

Armeekorpsstärke gebracht. Die Heeresteile verfügen über schwere und mittlere Panzerregimenten sowie über kriegsmäßige Artillerie-Unterstützung.

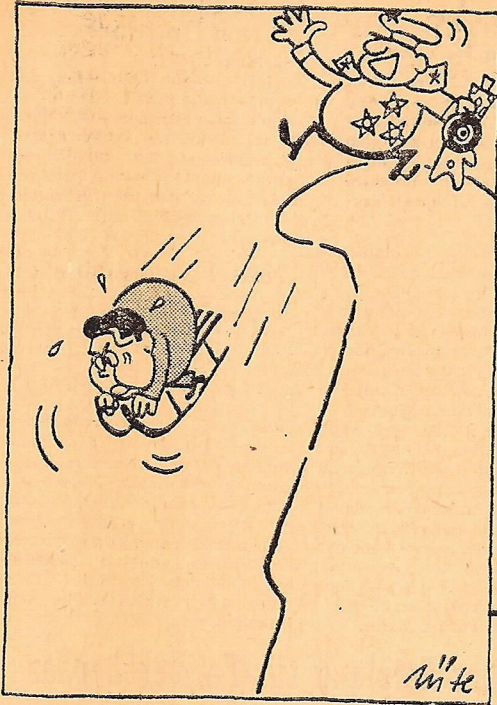
Ungewöhnlich ist das Ausmaß an „Sondereinheiten“, Offiziers- und Unterführerschulen. Die Aufstellung zeigt deutlich, daß hier nach dem Krümpersystem gearbeitet wird. Die sowjetische Bewaffnung der Divisionen hat sich seit 1953 auffallend verbessert. Die Luftwaffe, noch immer als „Aero-Club“ getarnt, besitzt keinen taktischen Wert. Vorerst bildet man nur Flugzeugbesatzungen aus, denen man zum geeigneten Zeitpunkt die modernen Maschinen zur Verfügung stellen kann. Das gleiche trifft für die Marine zu, die etwa 60 kleinere Hochsee-Einheiten besitzt.

Verblüffend gut ist die Anpassung an die Sowjetarmee organisiert. Kein KVP-Offizier in taktischer wichtiger Funktion ist ohne einen sowjetischen „Berater“.

## „Was uns am Herzen liegt“

Berlin (Eigenmeldung). Unter dem Motto „Was uns am Herzen liegt“ eröffnete der Berliner Regierende Bürgermeister Suhr am Sonntag eine neue Sendereihe, in der er alle 14 Tage zu aktuellen Problemen Stellung nimmt. Es senden SFB um 18.45 Uhr, RIAS I um 19.10 Uhr

und RIAS II um 18.40 Uhr. Bundestagspräsident Gerstenmaier wird monatlich einmal zu den Berlinern über die Arbeit des Bundestages berichten. Den ersten Vortrag übertrug RIAS am Sonntag um 12.40 Uhr und der Sender Freies Berlin um 19.40 Uhr.



Moskauer Schlittenfahrt

### Zaiser als Fremdenführer

Berlin (DPA). Der frühere sowjetzonale SSD-Minister Wilhelm Zaiser soll nach Angaben von kürzlich zurückgekehrten Moskau-Reisenden seit einiger Zeit als Fremdenführer in der sowjetischen Hauptstadt tätig sein. Es sei seine Aufgabe, ausländische Besucherdelegationen in Moskau heranzuführen und zu betreuen.

Zaiser hatte, bevor er bei Kriegsende nach Deutschland zurückkam, lange Zeit im Ausland und etwa ein Jahrzehnt in der Sowjetunion gelebt. Seitdem besitzt er die sowjetische Staatsangehörigkeit. Neben Deutsch und Russisch spricht er noch eine Reihe anderer Sprachen. Sowohl nach seiner Amtsenthebung als Staatssicherheitsminister der Sowjetzone im Sommer 1953 als auch nach seinem offiziellen Ausschuß aus der SED Anfang 1954 war Zaiser immer auf freiem Fuß geblieben. Noch nach dem SED-Ausschuß hatte er längere Zeit als Privatmann in einem geräumigen Heim in Hirschgarten gelebt. Seine Frau, Else Zaiser, verlor nach dem Sturz ihres Ehemannes ihren Posten als Volksbildungsminister.

### Faschingsaufruf:

### Produktionsverpflichtungen!

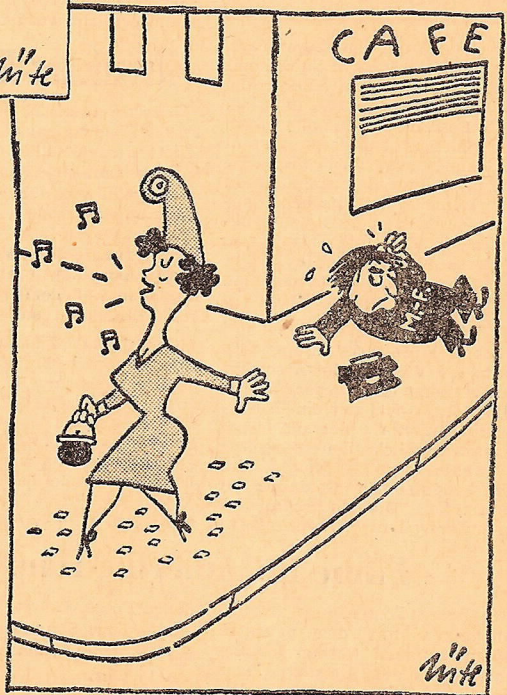
Berlin (DPA). Alle, die an dem bevorstehenden Faschingsumzug am Rosenmontag in Schwerin teilnehmen wollen, sind vom Faschingskomitee aufgerufen worden, „Produktionsverpflichtungen einzugehen, um die ausfallende Arbeitszeit am Rosenmontag vorzuarbeiten oder aufzuholen“. — Ein angenehmer Faschingsauftakt!

### Weihnachtspapier im Februar

Berlin (DPA). Nach einer Mitteilung der Ostberliner „Nationalzeitung“ hat die staatliche Handelsorganisation der Sowjetzone im Februar an Verkaufsstellen in Ostberlin Weihnachtspapier verteilt. In der Zeit vor dem Weihnachtsfest 1954 war in der Sowjetzonenpresse häufig darüber geklagt worden, daß die HO-Geschäfte weihnachtliches Verpackungsmaterial kaum oder gar nicht zur Verfügung hatten.

### Die Woche in der Karikatur

Zwei Ministerpräsidenten gestürzt: Malenkow (links), Mendès-France (unten).



„Ich suche einen Mann, der mir bequem ist, der mir genehm ist...“

## Aufbau der Kranzlerecke

### Neugestaltung der Joachimstaler Straße in Westberlin

Eine der wichtigsten Ecken der Berliner City harret schon längere Zeit des Wiederaufbaus. Es handelt sich um den Komplex Kantstraße — Joachimstaler Straße — Kurfürstendamm, der im Westen begrenzt wird vom Hotel am Zoo und der S-Bahn. Von dem 22 000 qm großen Gelände gehen etwa 2000 qm dadurch ab, daß die Bauflucht in der Joachimstaler Straße um 11,60 m und die in der Kantstraße um 2,10 m zurückverlegt werden muß.

Die Grundstücke gehören der Victoria Allgemeine Versicherungs AG. in Berlin, die nunmehr im Einvernehmen mit den behördlichen Stellen darangeht, die prominente Ecke so zu bebauen, daß sie sich wohl in den Gesamtplan des Wiederaufbaus

und Ergebnissen gekommen. Die Victoria hat sich jetzt entschlossen, einen beschränkten Wettbewerb unter acht bis zehn Architekten, darunter auch westdeutschen, auszuschreiben.

Die Anfang 1956 einsetzende Bebauung des großen Komplexes ist nicht in einem Zuge gedacht, vielmehr sollen nach und nach einzelne Bauabschnitte in Angriff genommen werden.

Ein Parkplatz für etwa 500 Automobile ist vorgesehen, dessen Ein- und Ausfahrt an der Kantstraße liegen wird. Aber es ist geplant, daß durch geeignete Passagen mit Läden der Parkplatz auch vom Kurfürstendamm erreicht werden kann.

**Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundert dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzuteilen.**

der Gegend um den Zoo einfügt, der nunmehr auch in Gang kommen soll. Das ist eine große Aufgabe. Was da gebaut wird, muß Bestand haben, aber auch der künftigen Bundeshauptstadt Rechnung tragen. Die nach 1945 mit befristeter Baugenehmigung errichteten provisorischen Bauten beherbergen noch heute berühmte Läden und Gaststätten (Sarotti, Kranzler, Café Berlin, Alte Klausur u. a.), auf die man auch in den neuen Gebäuden Wert legt.

Schon Ende 1953/Anfang 1954 hatte die Victoria die Architekturabteilung der Hochschule für bildende Künste mit einem Forschungsauftrag betraut, um einen Überblick über geeignete Verwendungsmöglichkeiten dieses bedeutsamen Geländes zu verschaffen. Die Hochschule ist zu wertvollen Erkenntnissen

Frankfurt a. M. (AP). Ein Farmerehepaar aus Minnesota (USA), dessen Sohn bei Straßenausbesserungsarbeiten in Busenbach bei Karlsruhe mit seinem Räumungsfahrzeug auf eine Mine gefahren und dabei tödlich verunglückt war, kam in einer amerikanischen Militärmaschine auf dem Frankfurter Militärflughafen an.

Über 1500 DM haben die Einwohner von Busenbach und Umgebung gesammelt, um dem alten Farmerehepaar die Tage in Deutschland zu verschönen. Landwirtschaftliche Einrichtungen, der Schwarzwald und verschiedene große Bauernanwesen sollen besichtigt werden, bis dann am 13. Februar der Ge-

## Frühlingsboten am Hochrhein

Säckingen (DPA). Rund vier Wochen zu früh haben sich am Hochrhein die ersten Frühlingsboten eingestellt. Die ungewöhnlich warme Witterung der ersten Februarwoche hat mit ihren Tagestemperaturen von 10 Grad in den Gärten Jasmin, Primeln und Osterglocken zum Blühen gebracht.

## Mittel gegen Ölpest

Bremen (AP). Der Bremer Tierarzt und Zoologe Dr. Erich Jacob hat jetzt ein verblüffend einfaches Mittel ausfindig gemacht, mit dem er das durch die sogenannte Ölpest an den deutschen Küsten verursachte Massensterben von Seevögeln eindämmen will. Nach monatelangen vergeblichen Versuchen behandelte er die mit zähflüssigem Öl völlig verschmutzten Tiere mit einem marktgängigen Waschmittel, dessen Schaum das Gefieder reinigte und keinerlei schädliche Wirkungen hinterließ.

## Herzlicher Empfang für Farmerehepaar

denkstein zum Andenken an diesen einfachen-amerikanischen Soldaten, der bei seiner Arbeit für das Dorf Busenbach sein Leben ließ, in Anwesenheit der Eltern enthüllt werden wird.

## SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

## Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfpark gezeigt.

Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4, Tel. 920231. Druck: W. Büxenstein, GmbH.